

Positives am Nein zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

Natürlich hätten auch die Arbeitslosen ihren Beitrag an das Defizit des Bundes leisten können. Schliesslich sind sie ja besser gestellt als in vielen anderen Ländern. Mit dieser "Zwängerei einer kleinen Gruppe aus La Chaux-de-Fonds" seien die Sparbemühungen des Bundesrats unnötig, und in gar keiner Proportion zu dem auf dem Spiele stehenden Betrag, erschwert worden. Das und viele andere Argumente, nicht zuletzt die auf beiden Seiten angeblich recht giftig und unfair geführten Abstimmungs-Kampagne, sind in den Medien ziemlich breitgeschlagen worden. Für den Durchschnittsschweizer hat dieses Nein auch positives:

1. In **Friedenszeiten sind Referenden gegen dringliche Bundesbeschlüsse** eher selten, besonders wenn es sich nicht um wichtige Fragen handelt. Positiv für die direkte Demokratie in der Schweiz ist, dass es einer kleinen, unabhängigen Gruppe von Schweizerbürgern gelungen ist, einen von allen Institutionen, den Parteien, sogar der SP und den Gewerkschaften akzeptierten dringlichen Bundesbeschluss, der zudem - so sicher war man sich der Sache - bereits am 1. Januar d.J. in Kraft gesetzt worden war, vors Volk zu bringen und, wenn auch knapp, verwerfen zu lassen..

Es gibt wenig Länder, wo so etwas gegen den Willen des "Polit-Establishments" und der Medien möglich wäre.

2. Für einmal ist es die Romandie, welche den Deutschschweizern ihren Willen aufzwingt und nicht umgekehrt. Jedenfalls haben die Westschweizer, trotz dem auch in beiden Basel abgegebenen Nein, diesen Eindruck. Dieses Gefühl einer Mitverantwortung ist wichtig: Nur so kann den Miteidgenossen jenseits der "Sarine" wieder das Selbstvertrauen gegeben werden, dass sie auch als "Minderheit", als was sie sich so gerne bemitleiden, in eidgenössischen Belangen ein entscheidendes Wort zu sagen haben.

3. Schliesslich hat dieses Referendum das grosse Verdienst, eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit, die Arbeitslosigkeit, erneut zum Mittelpunkt einer öffentlichen Auseinandersetzung zu machen. Allzugerne wird gesagt, so viele Arbeitslose gäbe es in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht, zudem seien die sozialen Massnahmen sehr oft besser als anderswo. Früher oder später, werde das Wirtschaftswachstum wieder anziehen und dann gäbe es auch neue "jobs". Bis dahin müssten alle den Gürtel enger schnallen.

In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit ein Problem, das solange bestehen wird, als das Kapital und die von ihm beherrschte Wirtschaft wegen dem weltweit wütenden Konkurrenzkampf nicht bereit ist, Arbeitsplätze zu erhalten, welche Kostenstruktur und Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens belasten, den Gewinn schmälern und etwas mehr Anstrengungen zur Sicherstellung der Existenz notwendig machen. Dabei fehlt es an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften vom Gesundheits- und Ausbildungswesen, der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung bis zur Erhaltung einer lebensfähigen Umwelt: Aber das ist Arbeit, die nur kostet und direkt keinen Gewinn bringt. Also zunehmend der Sparwut von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Opfer fällt. Dabei Menschen schafft, denen es nicht nur an Geld fehlt, sondern die ratlos vor der Frage stehen, was sie mit ihrer Existenz anfangen sollen - sich unnötig vorkommen und aus Verzweiflung immer brutaler gegen die Gesellschaft rebellieren.

4. Je häufiger Stimmbürger solche und andere wichtige Fragen der Zukunft zu einer breit angelegten öffentlichen Auseinandersetzung bringen, wie das nur bei einer Volksabstimmung möglich ist, desto grösser ist die Chance, dass endlich ernsthaft nach Lösungen gesucht wird, die für alle lebensfähig sind und die Zukunft etwas aufzuhellen vermögen. Die jüngsten Vorfälle einer zunehmenden Jugendkriminalität, randalierenden Arbeitslosen, einer kaum mehr ertragenden Luftverschmutzung und die

dadurch verursachten Riesenbrände weltweit, sollten doch endlich allen, ob reich oder arm, ob mächtig oder hilflos, gezeigt haben, dass heute Abhilfe wichtiger ist, als nur Gewinne häufen oder Budgeteinsparungen machen. Was nützen uns diese, wenn wir nicht einmal mehr atmen können oder einfach irgendwo, mangels genügender Polizei, an einer Strassenecke oder bei uns zu Hause zusammengeslagen werden und es dann zur Pflege im Spital auch noch an dem nötigen Personal (aus Spargründen) fehlt usw. usf.

Es bleibt nur zu hoffen, dass in allen Ländern in zunehmenden Ausmass Gruppen von Staatsbürgern, gleich wie in La Chaux-de-Fonds, den kleinsten und noch so unbedeutendsten Anlass dazu benützen, wichtige Fragen unserer Zukunft zum Gegenstand einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung zu machen. Solange die massgebenden Meinungsmacher beim Staat, der Wirtschaft und der Politik, zusammen mit den Medien, diese Fragen für sich monopolisieren, sind die Chancen für vernünftige, möglichst allen Menschen gerecht werdende Lösungen eher niedrig anzusetzen.